

[nzz.ch](https://www.nzz.ch)

EZB prüft die Einführung des digitalen Euro

Michael Rasch, Frankfurt

9-11 Minuten

Weltweit beschäftigen sich Notenbanken mit der Einführung von digitalem Zentralbankgeld für alle Bürger. Auch die EZB prüft die Lancierung eines E-Euro. Dadurch ergäben sich neue Geschäftsmodelle, aber es lauern auch gravierende Gefahren.

Die Europäische Zentralbank prüft die Einführung eines digitalen Euro.

Boris Roessler / EPA

Um den schnöden Mammon dreht sich die Welt schon seit Jahrtausenden. Die physische Form und die Handhabung von Geld haben sich in dieser Zeit kontinuierlich geändert. Im vergangenen Jahrhundert wurde das Zahlungsmittel schliesslich stark entmaterialisiert, denn zu den greifbaren Münzen und Scheinen gesellte sich Geld in Form von immateriellem Maschinencode. Derzeit planen viele Notenbanken den nächsten Schritt in dieser Entwicklung, indem sie ihre eigene Währung noch stärker digitalisieren wollen. Jüngst gab auch die Europäische Zentralbank (EZB) bekannt, die Einführung eines digitalen Euro zu prüfen. Geplant sind eine interne Test- sowie eine öffentliche Konsultationsphase. Die EZB-Präsidentin Christine Lagarde will nach eigenen Worten darauf vorbereitet sein, einen digitalen Euro einzuführen, sollte dies nötig sein. Der Zentralbankrat plant, Mitte 2021 über die Einführung einer digitalen Gemeinschaftswährung zu entscheiden.

Abwägen der Vor- und Nachteile

Ein digitaler Euro, man könnte ihn auch E-Euro nennen, wäre laut EZB eine elektronische Form von Zentralbankgeld für alle Bürger und alle Unternehmen – quasi das digitale Gegenstück zu den Euro-Banknoten und eine elektronische Version des gesetzlichen Zahlungsmittels. Dabei betonte die Notenbank, der digitale Euro sei eine Ergänzung zum Bargeld, sollte es aber nicht ersetzen. Für die Bürger sind Scheine und Münzen bis anhin die einzige Form von Zentralbankgeld, die ihnen zur

Verfügung steht. Alle anderen Formen des Geldbestandes basieren auf einer privaten Geldschöpfung. So sind die Beträge auf einem Giro- oder einem Sparkonto bei einer Geschäftsbank eine Forderung gegenüber diesem Kreditinstitut. Mit einem E-Euro könnten die Menschen ihr Geld direkt auf Konten der Notenbank halten, was bis anhin Geschäftsbanken, Regierungen und anderen Zentralbanken vorbehalten ist.

Fachkreise sprechen von «central bank digital currency» (CBDC), mit der die Notenbank selbst digitales Geld für den allgemeinen Gebrauch bereitstellt. Ein digitaler Euro hätte verschiedene Vor- und Nachteile, die gegeneinander aufgewogen werden müssen. Befürworter meinen, ein E-Euro würde wirtschaftliche und finanzielle Transaktionen effizienter und kostengünstiger gestalten. So wären beispielsweise Kleinstbetragszahlungen attraktiver und günstiger als gegenwärtig, was neue Dienstleistungen und Geschäftsmodelle ermöglichen könnte. Der Bundesbank-Präsident Jens Weidmann wies jüngst beispielsweise auf den Verkauf einzelner Presseartikel für wenige Cents hin statt monatlicher Zeitungsabonnements. Zugleich könnte sich die Geschwindigkeit von Transaktionen bei sehr hoher Umsetzungssicherheit (sogenannte Lieferung und Leistung) erhöhen. Manche Beobachter nennen auch die abnehmende Nutzung von Bargeld und finanzielle Inklusion als Gründe für die Einführung einer CBDC.

Völlige Neuordnung des Finanzsystems

Es wären allerdings auch gravierende Nachteile von digitalem Zentralbankgeld zu befürchten, weshalb Zentralbanken bei dem Thema sehr vorsichtig sind. Würden die Kunden beispielsweise lieber ihr Geld auf einem Konto bei der Zentralbank halten und

deshalb ihre Mittel von den Geschäftsbanken abziehen, würden diese eine bedeutende und günstige Refinanzierungsquelle verlieren. Dies hätte das Potenzial, das gesamte Finanzsystem dramatisch zu verändern. Der EZB-Ökonom Ulrich Bindseil hat zur Lösung dieses Problems deshalb in einem Aufsatz vorgeschlagen, dass Zentralbankgeld (oberhalb einer bestimmten Summe) schlechter verzinst werden könnte als das Geld bei Geschäftsbanken. Dadurch würde der Anreiz sinken, Gelder zur Zentralbank umzuschichten.

Sollte es jedoch zu einer grossen Bankenkrise wie in den Jahren 2008/09 kommen, würden die Bürger wohl auch eine schlechtere Verzinsung in Kauf nehmen und ihr Geld von den Geschäftsbanken abziehen. Dies könnte zu einem dramatischen elektronischen Bank-Run innerhalb von Minuten bis Stunden führen, der eine ohnehin angeschlagene Bank in kurzer Zeit in den Konkurs wegen mangelnder Liquidität treiben könnte. Ein herkömmlicher Bank-Run zieht sich durch das umständliche Abheben von Geldern über Schalter oder über Bancomaten viel länger hin. Allerdings würde diese mögliche Gefahr die Banken vielleicht veranlassen, vorsichtiger zu agieren. Dies würde wiederum die Wahrscheinlichkeit einer Bankenkrise sinken lassen. Zudem dürfte die Nutzung eines E-Euro mit einer geringeren Anonymität einhergehen als das Verwenden von Bargeld. Laut dem Bundesbank-Chef Weidmann wiese Digitalgeld wegen gesetzlicher und regulatorischer Verpflichtungen wahrscheinlich nicht den gleichen Grad an Anonymität auf wie Bargeld. Der Datenschutz und der Schutz der Privatsphäre könnten also neben der Finanzstabilität durch E-Geld beschädigt werden.

Noch viele offene Fragen

Viele Fragen sind im Hinblick auf CBDC also noch offen – etwa, ob digitales Zentralbankgeld direkt oder indirekt über Geschäftsbanken gehalten werden sollte, ob es verzinsbar sein sollte oder nicht, ob das Halten von digitalem Zentralbankgeld in der Höhe begrenzt sein sollte und ob ein dezentrales oder ein zentrales Kontosystem verwendet werden sollte. Damit zusammen hängt zum Teil auch die genaue technische Ausgestaltung der europäischen CBDC, die derzeit noch offen zu sein scheint. Ein digitaler Euro könnte beispielsweise die Blockchain-Technologie nutzen, also eine Kette von Datenblöcken, die mit jeder Transaktion länger wird. Dann könnte jeder digitale Euro sogar exakt einem Besitzer zugeordnet werden. Für den Zugang benötigte der Besitzer dann allerdings einen elektronischen Schlüssel, den er nicht verlieren darf, da er sonst das Geld nicht nutzen könnte – so als hätte er den Schlüssel zu einem unknackbaren Tresor verloren. Auf dieser Technologie gründet beispielsweise der Bitcoin, der bekannteste Krypto-Token, sowie viele andere Formen einer Art digitaler Währung.

Man kann sich mit Recht fragen, warum die Zentralbank digitales Geld anbieten will und dies nicht der Privatwirtschaft überlässt. In einer Marktwirtschaft sollte es eigentlich privaten Unternehmen überlassen werden, der Bevölkerung effiziente und innovative Zahlungsmöglichkeiten anzubieten. So gibt es in Europa beispielsweise die European Payments Initiative von mehr als einem Dutzend grosser europäischer Geschäftsbanken, mit der nationale Systeme für digitale Zahlungen durch eine europaweit einheitlich nutzbare Karte und digitale Geldbörse ersetzt werden sollen. Die EZB-Chefin Lagarde argumentierte damit, dass die Menschen schnelle, bequeme, sichere und günstige Zahlungsmittel möchten. Doch

dafür ist nicht zwingend staatlich organisiertes digitales Zentralbankgeld nötig. Andreas Krautscheid, Hauptgeschäftsführer des deutschen Bankenverbandes, wies jüngst darauf hin, dass Geschäftsbanken eine zentrale Rolle bei der Ausgabe eines digitalen Euro haben müssten. Hier schwingt die Sorge mit, dass die Zentralbank die Geschäftsbanken in gewissen Bereichen aus dem Markt drängen könnte.

Angst vor der Facebook-Währung Libra

Die Notenbanken sind nicht zuletzt aufgrund von Plänen privater Unternehmen zur Ausgabe von eigenen Währungen unter Druck geraten. Das bekannteste Projekt eines privaten Zahlungsmittels ist wohl die Kryptowährung Libra von Facebook. Verschiedene Notenbanken weltweit prüfen deshalb die mittelfristige Einführung einer eigenen digitalen Währung. Am weitesten fortgeschritten ist vermutlich die chinesische Zentralbank. Die People's Bank of China wird wahrscheinlich als erste grosse Notenbank eine Version von digitalem Geld nach einer derzeit laufenden kommerziellen Testphase einführen. Der E-Renminbi soll laut Medienberichten zu den Olympischen Winterspielen in Peking im Jahr 2022 für Touristen zur Verfügung stehen. Auch Schweden prüft schon seit mehreren Jahren die Einführung einer E-Krone. In der Eidgenossenschaft hat sich die Schweizerische Nationalbank bisher explizit gegen die Ausgabe eines E-Franks an die Endnutzer, also die Bürger, ausgesprochen.

Sie können dem Wirtschaftsredaktor Michael Rasch auf [Twitter](#), [LinkedIn](#) und [Xing](#) sowie NZZ Frankfurt auf [Facebook](#) folgen.